NACHRICHTEN
Österreich

Gegen Gewalt an Frauen: Proteste in Wien fordern dringende Maßnahmen!

Am 10. Dezember 2024 fordert die Sozialistische Jugend in Wien mehr Mittel für den Gewaltschutz und betont die Dringlichkeit gegen Gewalt an Frauen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die alarmierende Realität der Gewalt gegen Frauen in Österreich rückt erneut in den Fokus, wie aktuell bei einer Protestaktion der Sozialistischen Jugend (SJ) vor dem Parlament in Wien deutlich wurde. Fiona Schindl, die Frauensprecherin der SJ, appellierte an alle, aktiv gegen dieses gesellschaftliche Problem vorzugehen: „Für uns als SJ ist klar: Wir werden keinen Tag ruhen, bis die in Österreich lebenden Frauen sicher vor Gewalt sind!“ Dies geschieht vor dem Hintergrund besorgniserregender Statistiken: In diesem Jahr gab es bereits 27 Femizide und 41 Mordversuche an Frauen. Mit der bevorstehenden Feiertagszeit warnt Schindl zudem vor einer weiteren Zunahme häuslicher Gewalt, die oft hinter verschlossenen Türen geschieht und für viele Frauen unüberwindbare Hürden aufzeigt, wenn sie Hilfe suchen möchten. Insgesamt fordert die SJ eine bessere finanzielle Ausstattung für Frauenhäuser und Gewaltschutzorganisationen, da die bisherigen Maßnahmen der Regierung unzureichend bleiben, wie **ots.at** berichtete.

Forderungen aus der Politik und von Organisationen

Parallel zur Protestaktion haben zahlreiche Organisationen und Politikerinnen ebenso auf die Dringlichkeit des Themas hingewiesen. So wurde bei den „16 Tagen gegen Gewalt an

Frauen“, die vom 25. November bis 10. Dezember stattfinden, laut den Vereinten Nationen festgestellt, dass alle elf Minuten eine Frau von einem Partner oder Familienmitglied getötet wird. Rihab Toumi, die Vorsitzende der SJ Wien, betonte, dass jede fünfte Frau von Gewalt betroffen sei. Um dem entgegenzuwirken, fordern die Grünen Frauen Wien unter anderem mehr finanzielle Mittel sowie die Einführung spezieller Hilfe-Codes in den Krankenhäusern, um Betroffenen eine geheime Möglichkeit zu geben, Hilfe zu suchen. Die ÖVP-Frauenchefin Juliane Bogner-Strauß stellte jedoch in Aussicht, dass das Frauenbudget um 5,9 Millionen Euro auf 24,3 Millionen Euro erhöht werden soll, um den Gewaltschutz zu verbessern. Kritiker der Regierung wie NEOS-Frauensprecherin Henrike Brandstötter und Marina Hanke von der SPÖ sind jedoch überzeugt, dass hier mehr als nur Symbolpolitik notwendig sei, da diese Budgets oft zu wenig für die Gewaltprävention abdecken, wie **sn.at** berichtete.

Mit diesen Entwicklungen wird die dringliche Notwendigkeit, sich mit dem Thema Gewalt gegen Frauen auseinanderzusetzen, klar. Es bleibt abzuwarten, ob die politischen Zusagen auch in der Praxis spürbare Verbesserungen bringen werden.

Details	
Vorfall	Femizid,Mord,Mordversuch
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **www.sn.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at